

Wahlprüfsteine der planenden Berufe in Deutschland zur Bundestagswahl 2009

Mit 15 Wahlprüfsteinen haben sich die deutschen Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Ingenieure und Stadtplaner an alle im Bundestag vertretenen Parteien gewandt. Sie haben darin die Forderungen der planenden Berufe an den 17. Bundestag und die neu zu bildende Bundesregierung vorgestellt. Oberste Prämisse dabei ist, die Qualität der geplanten Umwelt zum Wohle der Bürger verbessern. Dazu brauchen die deutschen Architekten, Ingenieure und Stadtplaner die Unterstützung von Parlament und Regierung.

Demografie, Klimawandel und technischer Fortschritt sind die strukturellen Veränderungen, die die deutsche Bauwirtschaft und mit ihr die planenden Berufe vor gewaltige Aufgaben stellt. Aktuell kommt die Rezession in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erschwerend hinzu.

Architekten, Ingenieure und Stadtplaner sind Teil des Planungs- und Bausektors, dem nach wie vor eine immense gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt. Damit sie ihrer Verantwortung aber auch gerecht werden können, müssen die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit stimmen. Noch sind sie in vielen Bereichen nicht den heutigen Anforderungen angepasst.

Die Antworten aller Parteien sind Ausdruck der Anerkennung der Arbeit von Architekten, Ingenieuren und Stadtplanern und Wertschätzung für die verantwortungsvolle und qualitativ hochwertige Planungsleistung.

AUSSBILDUNG

Der Forderung, bei der Architektenausbildung den Bologna-Reformkurs zu korrigieren, haben sich alle Parteien angeschlossen. Ein dreijähriges Bachelorstudium ist aus Sicht der BAK weder qualitativ berufsbefähigend noch – EU-weit sowie international – anerkennungsfähig. Momentan ist die Zahl der vielfachen Studienabschlüsse unübersichtlich, das Ausbildungsniveau extrem unterschiedlich. Hier muss nach der Wahl zügig gehandelt werden, insbesondere in Bezug auf die Mindeststudienzeit.

PLANUNGSVERTRAGSRECHT

Die Schaffung eines einheitlichen Bau- und Planungsvertragsrecht wird von den Parteien mit wenig Kraft unterstützt. Die SPD will sich für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den offenen Fragen einsetzen. CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke äußern sich nicht konkret. Die FDP verwechselt scheinbar Bauvertrags- und Planungsvertragsrecht.

PLANUNGSWETTBEWERBE AUSLOBEN

Die Forderung der deutschen Planer nach einer größeren Anzahl von Planungswettbewerben wird von den Parteien umgangen. Sie beantworten die Forderung mit Appellen zu mehr privatwirtschaftlichen Engagement (CDU und FDP), einer Nutzung der Richtlinien für Planungswettbewerbe auch durch private Auslober (SPD), Berücksichtigung ökologischer und Nachhaltigkeitskriterien (Bündnis90 / Die Grünen) oder sozialer Kriterien (Die Linke) auch bei Planungswettbewerben.

EXISTENZGRÜNDUNGEN ZIELGERECHTER FÖRDERN UND FINANZIERUNGSAALTERNATIVEN FÜR KLEINSTGRÜNDUNGEN SCHAFFEN

Architekten sind sowohl Teil der Kreativ- als auch der Bauwirtschaft. Die Bürostruktur ist kleinteilig mit einer gleichzeitigen hohen Umsatzkonzentration bei wenigen großen Büros: Rund 40 Prozent sind Ein-Personen-Büros und weitere 40 Prozent haben bis zu drei Mitarbeiter. Weniger als 10 Prozent erwirtschaften die Hälfte des Branchenumsatzes. Dass den kleinteiligen Strukturen nur mit Kleinstkrediten und passgenauer Beratung unter die Arme gegriffen werden kann, haben nur die Grünen verinnerlicht. Die Öko-Partei und die FDP sehen den Bedarf, in Deutschland eine „Gründungskultur“ zu etablieren. Um Kinder und Selbstständigkeit besser miteinander vereinbaren zu können, wollen alle Parteien das Elterngeld ausbauen, auf Selbstständige ausweiten und für bessere Kinderbetreuung sorgen.

HOAI

Nach vierzehn Jahren ist zwar 2009 die Novelle der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) 2009 endlich verabschiedet worden und seit einer Woche in Kraft, aber der Bundesrat hat bereits von der Bundesregierung eine baldige zweite Stufe gefordert, in der vor allem die Leistungsbilder angepasst werden sollen. Der Bedarf wurde weitgehend bestätigt. Damit die Honorarordnung noch stärker ihrer Funktion als Planungsinstrument gerecht werden kann, sollte die Federführung nach Ansicht der BAK vom Bauministerium übernommen werden. Das wird von der LINKEN unterstützt, während die FDP auf Vertragsfreiheit und damit auf die Unverbindlichkeit pocht.

INVESTITIONSTAU IM BAUSEKTOR AUFLÖSEN

Den Investitionstau der öffentlichen Hand wollen alle Parteien überwinden. SPD durch eine finanzielle Sicherung und inhaltliche Weiterentwicklung der derzeitigen Programme; CDU und FDP durch verstärkte Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur; Bündnis 90 / Die Grünen durch eine verstärkte Förderung der energetischen Gebäudesanierung und des Neubaus von energieeffizienten Gebäuden und Die Linke durch eine Gemeindefinanzreform.

DEN VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN UND QUALITÄTSORIENTIERTEN ÖFFENTLICHEN BAUHERREN STÄRKEN

Alle Parteien wollen den verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherren stärken: CDU, SPD und FDP durch eine mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung von PPP-Projekten; Bündnis90 / Die Grünen durch eine Stärkung des Vorbildcharakters öffentlicher Einrichtungen unter Berücksichtigung ökologischer und Nachhaltigkeitskriterien; Die Linke durch Förderprogramme.

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
I. MARKTUMFELD VERBESSERN					
Die Honorarordnung erhalten und modernisieren	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Basis eines Gutachtens sollen die Leistungsbilder modernisiert und die Honorare wirtschaftlich angepasst werden. - Die Bedeutung der HOAI für Architekten und Ingenieure und die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der HOAI wird insbesondere von der CSU betont. 	<ul style="list-style-type: none"> - Ein Modernisierungsbedarf bei der HOAI wird eingeräumt. - Inhaltliche oder zeitliche Vorgaben für eine HOAI-Novelle werden nicht gemacht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Klarer Vorrang für eine unverbindliche HOAI. 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der derzeitigen Novelle, keine Aussagen über weitere Schritte 	<ul style="list-style-type: none"> - Klares Bekenntnis für eine zeitgemäße und auskömmliche HOAI. - Verschiebung der Zuständigkeit vom BMWi zum BMVBS.
Die Vergabe öffentlicher Aufträge transparent und qualitätsorientiert regeln	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinfachung des Vergaberechts - Anhebung der Schwellenwerte - Verringerung der Nachweisanforderungen - Vorrang einer getrennten Vergabe von Planung und Ausführung 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorrang einer getrennten Vergabe von Planung und Ausführung - Orientierung an der Wirtschaftlichkeit des Angebots 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; mittelstandsfreundliche Vergaberegeln, die aus Sicht des Steuerzahlers effiziente Lösungen versprechen 	<ul style="list-style-type: none"> - Grundlegende und umfassende Reform des Vergaberechts unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien - Stärkung der Präqualifikation - Sonderregeln zur Stärkung regionaler Auftragsvergaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Vergabe unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien - Primat der Vergabe kleinerer Lose
Mehr Planungswettbewerbe ausloben	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Bekenntnis zum offenen, freien und fairen Wettbewerb als wesentlichen Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Betonung der Vorbildfunktion des Bundes als Auslober von Wettbewerben - Hinweis auf die Tauglichkeit der Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) auch bei privaten Bauvorhaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Primat der Erledigung öffentlicher Aufgaben durch gleich gute oder bessere private Anbieter 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für offene und transparente Wettbewerbsverfahren unter der Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Lebenszyklusbetrachtung 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen
Rechtssicherheit durch Schaffung eines Planungsvertragsrecht verbessern sowie Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch ein konsistentes Planungsrecht fördern	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Hinweise auf die Leistungen der Regierung in der abgelaufenen Legislaturperiode im Bereich der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; - Hinweise auf die Leistungen der Regierung in der abgelaufenen Legislaturperiode im Bereich der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes - Versprechen über eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den offenen Fragen im Bereich des Planungsvertragsrecht 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; - Bekenntnis zum Klimaschutz als Wettbewerbsmotor - Unterstützung der Forderung nach einem einheitlichen <u>Bauvertragsrechts</u> 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung des Verbrauchsausweises und Ausweitung des Bedarfsausweises - Unterstützung des Deutschen Zertifikats für Nachhaltigkeit - Verschärfung der Energieeinsparverordnung und Novelle des Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes - Keine Aussage zum Planungsvertragsrecht 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Absicht zur Verankerung von Klima- und Umweltschutzbelangen im Planungs- und Baurecht
Eigenverantwortung in der Rentenversicherung stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Altersversorgung ruht auf den drei Säulen gesetzliche Rente, betriebliche und private Vorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Ausweitung der Pflichtversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Abschaffung der Zwangsgliederschaft aller erwerbstätigen in der gesetzlichen Rentenversicherung und Stärkung privater betrieblicher Altersvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehung von Selbstständigen in die Pflichtversicherung der gesetzlichen Rentenversicherung - Entwicklung einer Bürgerversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
II. AKTEURE STÄRKEN					
Die Ausbildung auf hohem Niveau stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung der Studienstrukturen gemäß Bologna-Prozess - Die Ausbildung der Architekten und Ingenieure soll berufsbefähigend sein und den europäischen Anforderungen genügen 	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung der im Zuge der Studienstrukturreformen entwickelten Curricula - Mögliche Ausweitung der Bachelor-Studiengänge auf 8 Semester - Erleichterung der Übergänge vom Bachelor- zum Master-Studium für die Studierenden 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Stärkung der Hochschulautonomie, Entbürokratisierung der Gesetzgebung, Verstärkung der Hochschulfinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Abkehr von der bisherigen Gestaltung des Bologna-Prozesses - Ausbildungszeiten und -qualitäten analog zum Niveau des Diplom-Ingenieur 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen - Freier Zugang zu Bildung auf Grundlage eines bundesweiten Hochschulzulassungsgesetzes - Verankerung des Master als Regelstudienabschluss - Verbesserung der Studienbedingungen durch ein Studienpakt II
Existenzgründungen zielgerechter fördern	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinfachung bürokratischer Vorgänge durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Unterstützung und Beratung für Existenzgründer - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Einführung von bis zu 10 Tagen bezahlter Pflegezeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung eines einfachen, gerechten Steuersystems mit niedrigen Sätzen - Abbau bürokratischer Lasten - Verbesserung und Freiheit der Kinderbetreuung - Verknüpfung des Elterngeld an das Bruttoerwerbseinkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Kultur der Selbstständigkeit - Unterstützung für Existenzgründungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; - Unterstützung von Existenzgründern durch Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommensbezieher - Anhebung europäischer Sozialstandards
Finanzierungsalternativen für Kleinstgründungen schaffen	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkaptal 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterführung der Förderung von Finanzierungsmöglichkeiten für Kleinbetriebe im Dialog mit Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Rückführung der KfW auf ein reines Förderinstitut 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Vergabe von Mikrokrediten 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen
Die Qualität freiberuflicher Planungsleistungen auch in einem europäischen Binnenmarkt stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Erhalt der berufsständischen Interessenvertretung und effizienten Selbstverwaltung der Architekten und Ingenieure durch die Kammern 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Sicherung des Niveaus deutscher Planungsleistungen auch bei der Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; - Liberalisierung des Dienstleistungssektors - Grundsätzliche Unterstützung des Selbstverwaltungsprinzips der Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des Herkunftslandprinzips für den Marktzugang und des Ziellandprinzips bei der Ausübung der Dienstleistung 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen
Den Export von Planungsleistungen unterstützen	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz in den WTO-Verhandlungen für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums - Verbesserung der Darstellung der hohen Leistungsfähigkeit von deutschen Planern auf dem Weltmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der bestehenden Programme der Außenwirtschaftsförderung und -Information an die Bedürfnisse der Freien Berufe - Erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Freien Berufe 	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der bestehenden Programme der Außenwirtschaftsförderung und -Information an die Bedürfnisse der Freien Berufe - Erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Freien Berufe 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Exportförderung, die systematisch die Bedürfnisse von KMU im Dienstleistungsbereich berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
III. GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN					
Investitionsstau im Bausektor auflösen	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung des Bundesverkehrswegeplans - Reduzierung des Flächenverbrauchs 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung einer integrierten und nachhaltigen Verkehrs- und Städtebaupolitik - Reduzierung des Flächenverbrauchs 	<ul style="list-style-type: none"> - Beendigung der Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Förderung der energetischen Gebäudesanierung oder des Neubaus von energieeffizienten Gebäuden 	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung einer Gemeindefinanzreform und Einführung kommunaler Investitionspauschalen
Die Förderung der Baukultur als festen Bestandteil der Politik verankern	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Baukultur sichert Arbeitsplätze insbesondere im Mittelstand 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Unterstützung der Bundesstiftung Baukultur 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Unterstützung der Bundesstiftung Baukultur 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkreten Aussagen; Baukultur ist auch eine Bildungsfrage
Die Wohnungs- und Städtebaupolitik verstärkt auf integrierte Stadtentwicklung ausrichten	<ul style="list-style-type: none"> - Milieu- und zielgruppenorientierte Stadtentwicklung - Altersgerechter Anpassung des Wohnungsbestandes - Weiterführung der Programme zur energetischen Gebäudesanierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Programme zur Stadtentwicklung - Bekenntnis zu einer modernen, leistungsfähigen und sozial gerechten Stadtgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung innerstädtischen oder innenstadtnahem Wohnen - Ausbau der Programme Stadtbau West und zum städtebaulichen Denkmalschutz 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Aufstellung integrierter Stadtentwicklungskonzepte mit Bürgerbeteiligung - kreative Stadtpolitik mit breit angelegter Beteiligungskultur 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Stadtumbauprogramme - Hinweis auf das Konzept für eine LINKE Stadt der Zukunft
Den verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherrn stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung alternativer Finanzierungsinstrumente - Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von PPP-Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen von PPP-Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> - Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von PPP-Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung des Vorbildcharakters öffentlicher Einrichtungen unter Berücksichtigung ökologischer und nachhaltiger Gesichtspunkte 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten
Die Rahmenbedingungen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau verbessern	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der privaten Eigentumbildung - Nur CSU: Einführung eines Baukindergeldes 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Gebäudesanierung und des altersgerechten Wohnens 	<ul style="list-style-type: none"> - Wiedereinführung der degressiven AfA im Mietwohnungsbau - Senkung der Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Unterstützung einer umweltgerechten Errichtung und Sanierung von Wohnraum 	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsbauförderung und Rückbauförderung durch zinsverbilligte Kredite und Zuschussprogramme

Berlin, im August 2009

Kontakt:
Dr. Thomas Welter
Tel.: 030 - 26 39 44 60
welter@bak.de